

		Rückmeldungen der Parteien										
Fragen an die Themenfelder	Bündnis 90 / Die Grünen	CDU	Die Linke	Die Linke	Die Linke	Die Linke	Die Linke	FDP	FDP	FDP	SPD	SPD
Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)	Themenfeld Community (3a)
<p>Fragen an die Themenfelder</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p> <p>Dr. Susanne Aschhoff, MA-Norden, Ersatzkand. Deniz Gedif, Elin Zimm, MA-Süden, Ersatzkand. Einfluss der Grünen</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>CDU</p> <p>Prof. Dr. Alfred Wiczorek, MA-CDU Süden, Erstkand. CDU</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>Die Linke</p> <p>Sven Metzner, MA-Norden, Erstkand. Die Linke</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>Die Linke</p> <p>Isabel Fuhrmann, Ma-Süden, Erstkand. Die Linke</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>Die Linke</p> <p>Dr. Jutta Fesler, Ma-Süden, Ersatzkandidat Die Linke</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>Die Linke</p> <p>Tanja Wilten, MA-Norden, Ersatzkandidat Die Linke</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>FDP</p> <p>Dr. Jutta Schilling, MA-Norden, Erstkand. FDP</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>FDP</p> <p>Florian Kullmann, MA-Süden, Erstkand. FDP</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>FDP</p> <p>Freya Dessecker, FDP FDP</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>SPD</p> <p>Stefan Faltl, MA-Norden, Ersatzkandidat SPD</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	<p>SPD</p> <p>Boris Wehrbach, MA-Süden, Ersatzkandidat SPD</p> <p>Themenfeld Community (3a)</p> <p>Konkret</p> <p>Was tun Sie sich für die Förderung der nicht-kommerziellen, oft ehrenamtlich getragenen Infrastruktur (Vereine, Gruppen, Zentren, etc. zu den unterschiedlichsten Themen) einsetzen?</p> <p>Dies bedeutet die finanzielle Förderung der Vernetzungsarbeit und beinhaltet die regionale und überregionale Anbindung wie z. B. des ländlichen Raumes oder beispielsweise des Queeren Zentrum Mannheim (QZM) sowie die Förderung von Beratungsangeboten und Beratungsstellen für LSBTTIQ und Förderung von Modellprojekten.</p>	
<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Bistung wird der Status von LSBTTIQ - Menschen bei der Migrationspolitik nicht gewünscht. Es fehlt die Anerkennung, dass LSBTTIQ-Identität ein Migrationsgrund anerkannt wird.</p> <p>Dereit findet dies keinmal Beachtung. Unterstützen Sie die Forderung nach Anerkennung dieses Status von LSBTTIQ - Menschen mit Begründungen!</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Ja.</p> <p>Als besonders vulnerable Geflüchtete, insbesondere LSBTTI-Geflüchtete, brauchen speziellen Schutz. Dafür müssen vorhandene Schutzkonzepte bzw. bei der besonderen Schutzbedarf der LSBTTIQ-Community in Baden-Württemberg durch die Bundesregierung und zweigleisigste Organisationen eingebunden und unterstützt werden.</p> <p>Dereit findet dies keinmal Beachtung. Unterstützen Sie die Forderung nach Anerkennung dieses Status von LSBTTIQ - Menschen mit Begründungen!</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Alleine die LSBTTIQ-Identität reicht meines Erachtens nicht als Migrationsgrund anerkennen. In der Herkunftsländer keine Diskriminierung oder Verfolgung stattfindet. In solchen Fällen bietet jedoch das Asylrecht eine entsprechende Hilfestellung, welches im Grundgesetz geregelt ist.</p> <p>Demnach ist eine aufgrund der sexuellen Orientierung politisch verfolgte Person dann ausbrechtlich, wenn sie in ihrem Herkunftsland einer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung ausgesetzt ist.</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Ja.</p> <p>Es ist höchste Zeit das Abstammungsrecht zu entdiskriminieren. Regenbogenfamilien sind längst gesellschaftliche Realität. Hierzu zielt die CDU in unserem Landtagswahlprogramm: „Das Land Baden-Württemberg soll sich im Bundesrat für die Anpassung des Familien- und Abstammungsrechts an die gesellschaftlichen Realitäten einsetzen, insbesondere für die Anerkennung der Elternschaft zweier Mütter oder Väter, trans* und inter*Eltern, sowie mehr als zwei Eltern.“</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Sexuelle Orientierung oder Identität sind als geschlechtsspezifischer Migrationsgrund anerkannt. Aber dieses Recht haben die Betroffenen in der Praxis kaum durchsetzen. Anträge werden oft mit dem Ziel gestellt, sie abzuwehren. Hier eine Grundrechtsfrage. Diskriminierung muss gestrichelt werden. LSBTTIQ Migrant*innen dürfen nicht in die Situation kommen sich doppelt ausgeschlossen zu fühlen.</p> <p>Hierzu kommt, dass einige Länder als sichere Drittländer gelten, in denen Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung/Identität auch strafrechtlich verfolgt oder gesellschaftlich diskriminiert werden oder Gewalt ausgeübt wird, was längers als in einigen EU-Ländern zunehmend ein Problem ist. Kein Mensch sucht sich seine sexuelle Orientierung oder seine sexuelle Identität aus, Menschen, die wegen ihrer Herkunftsländer verlassen müssen, müssen selbstverständlich Asyl erhalten und haben Anspruch auf ein Verfahren, das ihre Menschenwürde schützt.</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Die besonders prekäre Lage von LSBTTIQ - Menschen mit Migrationsintergrund wird von der Gesellschaft oft nicht wahrgenommen, da diese Menschen doppelt ausgegrenzt sind, zunächst aufgrund ihrer Herkunft, dann aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität.</p> <p>Ich sehe die Politik hier klar in der Verantwortung, Sensibilität für intersektorale Diskriminierung auch in unseren Behörden zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, die bereits viel sozialpädagogische Beratungsarbeit leisten gehen für mich genauso das wie ihre finanzielle Förderung.</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Definieren</p> <p>Die Debatte von Geflüchteten, Folter oder Todesstrafe aufgrund sexueller Orientierung ist ein wichtiger Fluchtgrund.</p> <p>Ja.</p> <p>Ich unterstütze die Forderung nach Anerkennung des Status von LSBTTIQ - Menschen mit Migrationsintergrund. Die grün-schwarze Landesregierung blockiert bisher die Bemühungen der Kommunen, die sich als „sichere Häfen“ organisiert haben, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Ein Landschaftsplanung ist daher dringend nötig.</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Ja.</p> <p>LSBTTIQ-Rechte sind Menschenrechte. Die grün-schwarze Landesregierung blockiert bisher die Bemühungen der Kommunen, die sich als „sichere Häfen“ organisiert haben, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Ein Landschaftsplanung ist daher dringend nötig.</p>	<p>Themenfeld Migration (7)</p> <p>Ja.</p> <p>LSBTTIQ-Rechte sind Menschenrechte, in vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Identität verfolgt. Das sollte in einem Asylverfahren entsprechend berücksichtigt werden. Die grün-schwarze Landesregierung blockiert bisher die Bemühungen vieler baderweitermischer Kommunen, die sich als „sichere Häfen“ organisiert haben, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Dafür habe ich kein Verständnis, hier sollte das Land mehr Spielraum ermöglichen.</p>				
<p>Die sozialpädagogische Beratung der LSBTTIQ-Menschen mit Migrationsintergrund wird von der Community bestmöglich genutzt und bedarf der Förderung.</p> <p>Setzen Sie sich für eine Förderung der notwendigen sozialpädagogischen Beratung ein, wie beispielsweise PLUS Rhein-Neckar e.V. leistet, wie?</p>	<p>Ja.</p> <p>Das Land finanziert bereits eine Stelle bei PLUS für die Betreuung queerer Geflüchteter in Mannheim. Seit letzten Jahr unterstützt die Stadt Mannheim mit einem jährlichen Zuschuss ebenfalls die Arbeit von PLUS mit queerer Geflüchteten. Solche notwendigen sozialpädagogischen Beratungen müssen im Land verstetigt und weiter ausgebaut werden.</p>	<p>Gerade aufgrund des besonderen Schutzbedarfs von LSBTTIQ-Menschen mit Migrationsintergrund halte ich eine gezielte Förderung einer gesonderten und intensiven Begleitung und Beratung der Betroffenen für wichtig und richtig.</p> <p>Ebenso ist es jedoch auch gerade im globalen Kontext von großer Bedeutung für Toleranz und Offenheit und vor allem gegen Gewalt und Verfolgung von LSBTTIQ-Menschen einzusetzen und die Stimme zu erheben. In keiner Weise können wir als Gesellschaft eine Diskriminierung und Unterdrückung in anderen Ländern dulden.</p>	<p>Ja.</p> <p>Queere Menschen mit Fluchtbiografie bedürfen eines besonderen Schutzes, da die queerenförmlichen Bedingungen, vor denen sie in den Herkunftsländern geflüchtet sind, nicht in den Flüchtlingsunterkünften enden.</p> <p>Demnach braucht es flächendeckende qualifizierte Beratung und sichere Unterbringungsmöglichkeiten. Abschiebungen in Länder, in denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, haben zu unterbleiben.</p>	<p>Ja.</p> <p>Queere Menschen mit Fluchtbiografie bedürfen eines besonderen Schutzes, da die queerenförmlichen Bedingungen, vor denen sie in den Herkunftsländern geflüchtet sind, nicht in den Flüchtlingsunterkünften enden.</p> <p>Demnach braucht es flächendeckende qualifizierte Beratung und sichere Unterbringungsmöglichkeiten. Abschiebungen in Länder, in denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts und/oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, haben zu unterbleiben.</p>	<p>Ich sehe die Politik hier klar in der Verantwortung, Sensibilität für intersektorale Diskriminierung auch in unseren Behörden zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, die bereits viel sozialpädagogische Beratungsarbeit leisten gehen für mich genauso das wie ihre finanzielle Förderung.</p>	<p>Ja.</p> <p>Ebenso setzen ich mich für eine Förderung der notwendigen sozialpädagogischen Beratung ein. Dies kann allerdings nicht alleine Aufgabe des Landes Baden-Württemberg sein.</p>	<p>Ja.</p> <p>Beratungsleistungen für Geflüchtete müssen durch das Land finanziert werden.</p>	<p>Ja.</p> <p>Beratungsleistungen für Geflüchtete sollten durch das Land mitfinanziert werden.</p>				
<p>Konkret: Wann werden Hass- oder Gewaltverbrechen an LSBTTIQ-Community in Baden-Württemberg auch als solche in den Akten geführt und verfolgt? Berlin setzt dies bereits um.</p>	<p>Definieren.</p> <p>Dafür ist es mich im nächsten Landtag von Baden-Württemberg ein. Hass- und Gewaltverbrechen an queeren Menschen müssen endlich auch statistisch erhoben und in den Akten geführt werden. Auf Basis dieser erhobenen, statistischen Daten müssen dann weitere Maßnahmen folgen. Außerdem wollen wir Hilfe und Hilfen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenstellen – mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Rassismus, Rechts extremismus und Hasskriminalität.</p> <p>Eine Aktenführung bzw. Führung einer Statistik über Verbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung wäre auch in Baden-Württemberg wünschenswert, um Betroffenen Mut zu machen, Straftaten auch anzuzeigen, ein entsprechendes Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen und zu sensibilisieren.</p>	<p>Alle angezeigten Hass- oder Gewaltverbrechen – egal an wen – werden in Deutschland verfolgt.</p> <p>Ebenso ist die Polizei durchaus sensibilisiert für Verbrechen an LSBTTIQ-Menschen.</p> <p>Eine Aktenführung bzw. Führung einer Statistik über Verbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung wäre auch in Baden-Württemberg wünschenswert, um Betroffenen Mut zu machen, Straftaten auch anzuzeigen, ein entsprechendes Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen und zu sensibilisieren.</p>	<p>Nur wenn wir diese queerenförmlichen Hass- und Gewaltverbrechen benennen und erfassen, können wir sie auch wirksam bekämpfen.</p> <p>Hierfür braucht es eine Aufnahme in die Kriminalstatistik als Unterpunkt zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.</p> <p>Das wird aber nur helfen, wenn sowohl Polizei als auch Staatsanwaltschaft konsequent sensibilisiert und geschult wird, sowie Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ Menschen geschaffen werden.</p>	<p>Nur wenn wir diese queerenförmlichen Hass- und Gewaltverbrechen benennen und erfassen, können wir sie auch wirksam bekämpfen.</p> <p>Hierfür braucht es eine Aufnahme in die Kriminalstatistik als Unterpunkt zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.</p> <p>Das wird aber nur helfen, wenn sowohl Polizei als auch Staatsanwaltschaft konsequent sensibilisiert und geschult wird, sowie Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ Menschen geschaffen werden.</p>	<p>Ich habe nicht den Eindruck, dass Hass- und Gewaltverbrechen mit sexuellen Mindergründ ernst genommen werden, egal ob sie sich gegen Frauen oder Schwule oder Lesben oder generell gegen Menschen richten, die nicht in das Mainstreamraster passen. Immer noch ist die Halbwertzeit verbreitet, dass das Opfer irgendwie mit dran schuld ist. Ich würde mir wünschen, dass diese Taten gesondert aufgeführt werden, damit vielleicht auch mit klar wird, worüber wir hier reden. Allerdings halte ich die Polizei nicht für kompetent, wenn es darum geht, solche Taten als das zu benennen, was sie sind, auch Polizist*innen sind nicht vorurteilsfrei. Hier muss innerhalb der Behörden noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Auch die Gesetzgebung ist nicht mehr zeitgemäß, viel viele Gewalttaten gar nicht als Gewalt zählen, sondern bestenfalls als Beleidigung.</p>	<p>Eine Kriminalstatistik, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Unterpunkt erfasst ist die erste Voraussetzung dafür, dass Hass- und Gewaltverbrechen an queeren Menschen wirksam bekämpft werden können. Damit queerenförmliche Hass- und Gewaltverbrechen als solche erkannt werden, benötigt es Sensibilisierung in sämtlichen Sicherheitsorganen sowie geschulte Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ - Menschen, um gerade dort, wo man Schutz erwarten sollte, erfahren Opfer queerenförmlicher Gewalt oft noch eine Retraumatisierung.</p>	<p>In Baden-Württemberg sollte analog Berlin asap verfahren werden.</p> <p>Hass- und Gewaltverbrechen an Menschen der LSBTTIQ-Community in Baden-Württemberg müssen dringend als solche in den Akten geführt und verfolgt werden. Dies hat sowohl die Grün-schwarze als auch die Grün-rote Landesregierung verschlafen.</p>	<p>Ja.</p> <p>Nur durch konsequente Erfassung bekommen wir ein klares Bild über die Lage im Land, was erlaubt, eine konsequente strafrechtliche Verfolgung solcher Verbrechen zu gewährleisten.</p>				
<p>Konkret: Unterstützen Sie die Förderung der Deutschen Gesellschaft für Transsexualität und Intersexualität e.V. Baden-Württemberg (DGTI) die diskriminierende Begutachtung aufzubeheben? Bistung ist dies in Baden-Württemberg möglich Praxis und Bedarf der Änderung.</p> <p>Setzen Sie sich konkret für die Abschaffung des Transsexualitätsgesetzes ein?</p>	<p>Das veraltete Transsexualitätsgesetz muss abgeschafft werden. Die medizinisch nicht notwendigen Operationen an intergeschlechtlichen Kindern gehören verboten. Die aktuelle Rechtslage strahlt vor Schikanen gegenüber Menschen, die selber und frei von Diskriminierung über ihr Geschlecht bestimmen und Begutachtung aufzubeheben. Wir brauchen daher ein schnelles, transparentes und zugängliches, aber nicht beschneidendes für die Auswertung der Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen – beispielsweise eine einfache Bestätigung durch den behandelnden Arzt oder Therapeuten.</p> <p>Außerdem brauchen Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen einen diskriminierungsfreien Umgang bei medizinischen Untersuchungen. Die Sensibilisierung und Fortbildung von Mediziner*innen, insbesondere von Gynäkolog*innen und Hausärzt*innen, um uns auf Landesebene deshalb besonders wichtig.</p>	<p>Meines Erachtens muss das Transsexualitätsgesetz so reformiert werden, dass es den Bedürfnissen transsexueller Menschen entspricht.</p> <p>Jedoch ist hierbei eine gute fachliche Begleitung wichtig, daher kann eine allseitige Begleitung nicht ausreichen. Wir brauchen daher ein schnelles, transparentes und zugängliches, aber nicht beschneidendes für die Auswertung der Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen – beispielsweise eine einfache Bestätigung durch den behandelnden Arzt oder Therapeuten.</p> <p>Diskriminierende Hindernisse durch Einholung eines Gerichts, eine geschlechtliche Bestätigung oder sogar eine Bestätigung der Ehepartner*in ist jedoch nicht genug.</p>	<p>Unbedingt.</p> <p>Andere Menschen zwangsweise einen umfassenden Einblick in die intimsten Bereiche der Persönlichkeit zu geben, wird von niemandem ernst genommen. Die gesetzlich vorgeschriebene und Begutachtung nicht nur vor einer Person- und Namensstandsänderung, sondern auch für medizinische Hilfen und Eingriffe ist ein klarer Verstoß gegen die Menschenwürde und macht die Betroffenen abhängig von ärztlichen Begutachtungen und Attesten abhängig gemacht werden, deshalb braucht es die Abschaffung des TSG zugunsten einer unbürokratischen Personenstands- und Namensänderung im Personenstandsgesetz.</p> <p>Hier gibt es viel Ungleichbehandlung bis hin zur Willkür. Außerdem darf das Lebensglück eines Menschen nicht von seiner Fähigkeit abhängig gemacht werden, die ihm zugewiesene Gutachter*in zu überzeugen.</p> <p>Das TSG widerspricht nicht nur der Würde des Menschen, darüber hinaus reproduziert es auch eine veraltete Vorstellung von psychischer Erkrankung, die auch der ICD-11 nicht aufrechterhält. Die Entscheidung über einen Geschlechtsbeitrag darf nicht von ärztlichen Begutachtungen und Attesten abhängig gemacht werden, deshalb braucht es die Abschaffung des TSG zugunsten einer unbürokratischen Personenstands- und Namensänderung im Personenstandsgesetz.</p>	<p>Unbedingt.</p> <p>Andere Menschen zwangsweise einen umfassenden Einblick in die intimsten Bereiche der Persönlichkeit zu geben, wird von niemandem ernst genommen. Die gesetzlich vorgeschriebene und Begutachtung nicht nur vor einer Person- und Namensstandsänderung, sondern auch für medizinische Hilfen und Eingriffe ist ein klarer Verstoß gegen die Menschenwürde und macht die Betroffenen abhängig von ärztlichen Begutachtungen und Attesten abhängig gemacht werden, deshalb braucht es die Abschaffung des TSG zugunsten einer unbürokratischen Personenstands- und Namensänderung im Personenstandsgesetz.</p> <p>Hier gibt es viel Ungleichbehandlung bis hin zur Willkür. Außerdem darf das Lebensglück eines Menschen nicht von seiner Fähigkeit abhängig gemacht werden, die ihm zugewiesene Gutachter*in zu überzeugen.</p> <p>Das TSG widerspricht nicht nur der Würde des Menschen, darüber hinaus reproduziert es auch eine veraltete Vorstellung von psychischer Erkrankung, die auch der ICD-11 nicht aufrechterhält. Die Entscheidung über einen Geschlechtsbeitrag darf nicht von ärztlichen Begutachtungen und Attesten abhängig gemacht werden, deshalb braucht es die Abschaffung des TSG zugunsten einer unbürokratischen Personenstands- und Namensänderung im Personenstandsgesetz.</p>	<p>Eine Abschaffung des diskriminierenden Transsexualitätsgesetzes ist unbedingt notwendig. Die eigene Identität ist keine psychische Krankheit, die es zu bezeugen und diagnostizieren muss. Eine Personenstands- und Namensänderung muss unbürokratisch ermöglicht werden.</p> <p>Ich setze mich für eine Reform des Gesetzes ein und zwar so, dass Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hindernisse erfolgen kann.</p> <p>Über die geschlechtliche Identität eines Menschen kann niemand besser urteilen als dieser Mensch selbst. Deshalb wollen wir freie Demokraten das Transsexualitätsgesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen, das Änderungen des Geschlechtsbeitrags im Personenstand ohne diskriminierende Hindernisse grundsätzlich per Selbstauskunft ermöglicht.</p> <p>Ein erweitertes Offenbarungsverbot soll vor Diskriminierung und unfreiwilliger Biometrie schützen. Aufklärungs- und Beratungsangebote wollen wir stärken. Die Kosten geschlechtsärztlicher Behandlungen müssen verlässlich und vollständig von den Krankenkassen übernommen werden. Medizinisch nicht notwendige geschlechtsverändernde Operationen an Kindern sind verboten.</p>	<p>Ich setze mich für eine Reform des Gesetzes ein und zwar so, dass Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hindernisse erfolgen kann.</p> <p>Über die geschlechtliche Identität eines Menschen kann niemand besser urteilen als dieser Mensch selbst. Deshalb wollen wir freie Demokraten das Transsexualitätsgesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen, das Änderungen des Geschlechtsbeitrags im Personenstand ohne diskriminierende Hindernisse grundsätzlich per Selbstauskunft ermöglicht.</p> <p>Ein erweitertes Offenbarungsverbot soll vor Diskriminierung und unfreiwilliger Biometrie schützen. Aufklärungs- und Beratungsangebote wollen wir stärken. Die Kosten geschlechtsärztlicher Behandlungen müssen verlässlich und vollständig von den Krankenkassen übernommen werden. Medizinisch nicht notwendige geschlechtsverändernde Operationen an Kindern sind verboten.</p>	<p>Wir setzen uns gegen jede Form der Diskriminierung ein – steht auf einer externen Begutachtung setzen wir auf das Selbstbestimmungsrecht. Die Würde des Menschen steht über allem.</p>	<p>Ja.</p> <p>Wir setzen uns gegen jede Form der Diskriminierung ein – steht einer externen Begutachtung steht das Selbstbestimmungsrecht im Vordergrund. Die Würde des Menschen steht über allem.</p>				
<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>	<p>Zusätzliche Themenfelder</p> <p>Welche Themen, die von den Parteien zusätzlich angesprochen wurden</p>